

KAY MÜLLER

Gesellschaftliches Eigentum als Option

Bestrebungen, die kapitalistischen Produktionsmittel zu vergesellschaften, fanden in der sozialistischen Bewegung schon bald Verbreitung, nachdem die industrielle Produktion mit ›doppelt freien‹ Lohnarbeitern im 19. Jahrhundert ihren Siegeszug angetreten hatte. Die Konkurrenz der kapitalistischen Unternehmen beflügelte Wissenschaft und Technik, brachte unaufhörlich neue, meist nützliche Produkte auf den Markt und erhöhte die Arbeitsproduktivität mit schier unbegrenzter Perspektive. So schienen die Verwirklichung uralter Hoffnungen – auch der Ideale von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aus der Französischen Revolution – und die wirtschaftlichen Voraussetzungen für ein menschenwürdiges, erfülltes Leben aller in greifbare Nähe gerückt.

Um so größer war die Ernüchterung, als die Kluft zwischen Reichtum und Armut weiter zunahm und Produktions- wie auch Absatzkrisen das Elend der Lohnabhängigen verschärfen. Wohlstand und Reichtum einiger weniger wurden nach wie vor – nur auf neue Weise – durch die Armut vieler anderer erkauft. Diese Entwicklung fand Erklärungen, die noch heute vertreten werden: Menschliche Habgier und Gewissenlosigkeit, der Abfall vom Glauben an Gott in der Aufklärung, genetisch bedingte Veranlagungen des Menschen beziehungsweise bestimmter Menschen, negative Kräfte, die sich in den seelenlosen Maschinen und in der massenhaften Industrialisierung verbergen und schließlich auch jene Erklärung, die zur Forderung nach Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel führte.

Diesem, zuletzt genannten, Erklärungsmuster zufolge zwingt die Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Unternehmen diese generell zur Kostensenkung; also auch dazu, die Lohnkosten möglichst niedrig zu halten. Kostensenkung gehört zu den Hauptquellen des Profits und nur, wer im Verhältnis zu den Konkurrenten den höheren Profit erzielt, kann seine Produktion mittels überlegener Finanzkraft so vorantreiben, daß die Konkurrenten und nicht er selbst auf der Strecke bleiben. Je schärfer die Konkurrenz, um so weniger kann das kapitalistische Unternehmen soziale und ökologische Belange beachten. Die kapitalistische Wirtschaftsweise treibt die Menschen innerhalb und zwischen den Völkern, Nationen und Wirtschaftsstandorten systematisch einzeln und in Zusammenschlüssen vielfältiger Arten gegeneinander. Die Sorge und Verantwortung um den Mitmenschen, das Allgemeinwohl und die Umwelt werden so ständig und immer mehr ausgehöhlt. Sie sind der kapitalistischen Wirtschaftsweise fremd und hinderlich. Der »stumme Zwang der



Kay Müller – Jg. 1928; Prof. Dr. jur. habil., studierte zwischen 1949 und 1951 Rechtswissenschaften in Jena und Berlin und war später in der Zollverwaltung der DDR und im Ministerium für Handel und Versorgung tätig, seit 1970 Professor für Wirtschaftsrecht an der Karl-Marx-Universität Leipzig, 1990 aus Krankheitsgründen ausgeschieden.

Verhältnisse« (Marx) ›erzieht‹ im Kapitalismus die Menschen tagtäglich – nicht nur, wenn ein besonders hoher Profit winkt oder die immer gegebene Gefahr des Konkurses oder des Arbeitsplatzverlustes reale Formen annimmt – zum Egoismus, der sich mit Eigenverantwortung zu legitimieren sucht.

Aus solchen Analysen wurde von Aktivisten der sozialistischen Bewegung die Schlußfolgerung gezogen, daß das konkurrierende Gegeneinander der dem Profitdiktat unterworfenen kapitalistischen Unternehmen durch eine solidarisch-kooperative, gemeinschaftliche, demokratische und im Maßstab der Gesellschaft *planmäßig* betriebene Produktion und Verteilung der Erzeugnisse zu ersetzen sei, um so eine Gesellschaft herauszubilden, in der schließlich jeder alle seine Anlagen, Fähigkeiten und Kräfte in freier Selbstverwirklichung voll ausbilden und betätigen kann. Aus dieser Schlußfolgerung leitet sich die Forderung nach der *Vergesellschaftung der Produktionsmittel* ab und gehört als »Eigentumsfrage« zu den Grundbausteinen und -forderungen der sozialistischen Bewegung.

Der Rang der Grundfrage kommt der Eigentumsfrage nicht nur wegen des genannten Gleichheitsziels zu. In diesem Ziel gerinnt quasi der Sinn des Sozialismus überhaupt. Die Herstellung gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln ist wahrscheinlich auch die komplexeste und schwierigste Aufgabe für die sozialistische Bewegung. Sie ist jedenfalls weit komplexer und schwieriger, als an die politische Macht zu gelangen. Geht es doch mit der Vergesellschaftung des kapitalistischen Eigentums darum, die Verfügungsgewalt grundsätzlich zu verändern.

Jedes Privateigentum gibt dem jeweiligen Eigentümer das Recht zu Entscheidungen über ›seine‹ Produktionsmittel und Produkte unter Ausschluß von Entscheidungen aller Nichteigentümer – gleich ob Staat, Arbeitnehmer, andere Eigentümer usw. Vergesellschaftung der Produktionsmittel kapitalistischer Betriebe ist jedoch mehr als die (bloße) Übernahme der Verfügungsmacht über diese Produktionsmittel durch die Arbeiter der jeweiligen Betriebe, die damit zu Eigentümern werden. Die jeweils betrieblich organisierten Arbeitnehmer werden so ›nur‹ zu Privateigentümern, die über ihre Produktionsmittel unter Ausschluß aller Nichteigentümer verfügen. Sie bleiben den Zwängen der kapitalistischen Konkurrenz unterworfen und werden sich alsbald entsprechend verhalten. Auch die (bloße) Übernahme der Verfügungsmacht kapitalistischer Unternehmer/ Unternehmen über ihre Produktionsmittel, finanziellen Mittel und Produkte durch den Staat als Eigentümer entspricht nicht der *Vergesellschaftung*, um die es eigentlich geht; vor allem dann nicht, wenn der Staat als Eigentümer – da er nicht alle Entscheidungen selbst treffen kann – nach Gutdünken bestimmte Entscheidungsbefugnisse an Beauftragte bloß delegiert, so daß er sie jederzeit wieder zurücknehmen und anderen übertragen kann. Ist der Staat als Eigentümer außerdem in Konkurrenzverhältnisse mit einer gleich- oder höher entwickelten kapitalistischen Umwelt eingebunden, ist er (das heißt seine höchsten Entscheidungsträger) einem elementaren Druck ausgesetzt, sich den Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Konkurrenz entsprechend zu verhalten. All das wirkt einer tatsächlichen Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel entgegen.

Eine wirkliche Vergesellschaftung muß durch die Einbeziehung der dann nicht mehr kapitalistischen Produktionsmittel in das Demokratiesystem der Gesellschaft erfolgen; oder umgekehrt, durch die Ausdehnung dieses Systems auf die Entscheidungen über die Produktionsmittel. Beides kann als Begründung einer Wirtschaftsdemokratie aufgefaßt werden. Beides erfordert eine Weiterentwicklung des Demokratiesystems.

Die möglichen demokratischen Ausgestaltungen des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln – also einer *Wirtschaftsdemokratie* – sind ein eigenes Thema, ein anderes sind Probleme, die bereits bei der Herausbildung gesellschaftlichen Eigentums auftreten.

Die Diskussion dieser Probleme ist heute dadurch belastet, daß schon der Begriff der Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel inzwischen durch den stalinistischen Terror, durch den wuchernden Planungsbürokratismus und schließlich durch den ökonomischen und politischen Zusammenbruch der meisten Staaten des ›sozialistischen Lagers‹ bei vielen diskreditiert wurde. Deshalb verzichten viele auf diesen Begriff und mühen sich, seinen Inhalt zu umschreiben; auch wenn sie dabei bleiben, daß die Vergesellschaftung ein Gebot der Vernunft und Humanität ist, die die menschliche Individualität nicht negiert, sondern ihre freie Entfaltung erst und zunehmend ermöglicht, und die dem geschichtlichen Trend entspricht, selbst wenn dieser gegenwärtig global geschwächt ist.

Für die Lösung der Eigentumsfrage hat es in der sozialistischen Bewegung unterschiedliche Ansätze gegeben, so die Varianten des *Staatssozialismus*, den sogenannten *Tito-Sozialismus* und unterschiedliche Versionen des *reformerischen Weges*, den vor allem sozialdemokratische Parteien eingeschlagen haben beziehungsweise hatten. Einige von ihnen glaubten, die Schwelle zum Sozialismus schon erreicht zu haben.

Nach dem Scheitern dieser Ansätze verlangt heute die Eigentumsfrage erneut nach Antworten. Die kapitalistische Produktionsweise mit ihren Folgen setzt dieses Problem immer wieder auf die Tagesordnung: Sie polarisiert die Menschen noch immer innerhalb der hochindustrialisierten Länder und global in Arme und Reiche, Gewinner und Verlierern, die sich mehr oder weniger offen in ihrer Existenz bedrohen – unter vielfach veränderten Bedingungen, auch in vielfach veränderter Weise, im Grundsätzlichen aber nach den ›alten‹ kapitalistischen Regeln. Allen Auseinandersetzungen, die daraus folgen, ist die Eigentumsfrage immanent, mag sie auch zeitweilig aus dem Bewußtsein verdrängt sein. Früher oder später, klarer oder unklarer, tritt sie wieder zutage und sei es in der demokratiemehrheitlichen Konkretisierung und Durchsetzung der grundgesetzlich festgelegten ›sozialen Verpflichtung des Eigentums‹.

Trotz der erheblich veränderten gesellschaftlichen, wissenschaftlich-technischen, ökonomischen, kulturellen, sozialen und ökologischen Bedingungen sieht sich das Eigentumsproblem auf zahlreiche theoretische Ausgangsfragen des 19. und 20. Jahrhunderts zurückverwiesen. Auch die Antworten, die heute gegeben werden, entsprechen – so neu sie sich auch geben – in variantenreicher Modifizierung und mit neuen Aspekten letztlich alten Grundpositionen. Nach diesen Grundpositionen lassen sich die verschiedenen Strömungen

beziehungsweise Richtungen der sozialistischen Bewegung auch in der Gegenwart unterscheiden.

Als erstes sei die Strömung genannt, die die kapitalistische Wirtschaftsweise zwar für schlecht, aber für die bestmögliche hält. Durch Reformen können jedoch noch Verbesserungen erreicht werden, selbst wenn heute der Trend zum Sozialabbau vorherrscht. Diese Richtung anerkennt zwar, daß es vor dem Kapitalismus qualitativ andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen gegeben hat: Die Sklavenhalterordnungen der ersten Hochkulturen, die auf dem Grundverhältnis¹ von Sklavenhaltern und Sklaven beruhten, dann der Feudalismus mit den Feudalherren und Leibeigenen in seinem Grundverhältnis, der schließlich von der bürgerlichen Gesellschaft (vom Kapitalismus) abgelöst wurde. Nun aber wird der Kapitalismus als Gesellschaft mit dem Grundverhältnis zwischen ›freien‹ Lohnarbeitern (frei, weil weder Sklaven noch Leibeigene) und Privateigentümern der Produktionsmittel zum verbesserungsbedürftigen und -fähigen Endergebnis historischer Entwicklung. Wegen ihrer sozialen Ambitionen rechnet sich ein Teil der Anhänger dieser Auffassung der sozialistischen Bewegung zu. Da sie allerdings einen ›sozialverträglichen Kapitalismus‹ anstreben, wird ihnen häufig von anderen sozialistischen Strömungen der sozialistische Charakter bestritten. Im III. Teil des *Kommunistischen Manifests*² werden sie dem »konservativen oder Bourgeoisozialismus« zugerechnet.

Eine zweite Grundrichtung der sozialistischen Bewegung geht davon aus, daß fortgesetzte quantitative, graduell-reformerische Eingriffe in die kapitalistische Wirtschaftsweise, die jeweils auf ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit und Demokratie gerichtet sind, im Ergebnis den angestrebten qualitativen Umschlag in die sozialistische Gesellschaft herbeiführen. So stellt sich der *reformerische, transformatorische Weg zum Sozialismus* dar. In einer seiner Varianten wird eine förmliche Aufhebung von privaten Eigentumsrechten an Produktionsmitteln als überflüssig erachtet. Einem künftig wieder wachsenden gesellschaftlichen Einfluß auf die Ausübung der Besitz-, Nutzungs- und Verfügungsrechte aus dem privaten Eigentum wird die Kraft zugerechnet, daß sich Privateigentum faktisch in gesellschaftliches wandelt.

Große Verbreitung in der sozialistischen Bewegung hat die Bernsteinsche Formel gefunden, der Weg sei alles und das Ziel nichts. Damit wird für unerheblich erklärt, Sozialismus als Ziel, als qualitativ neue, gerechtere und humanere Gesellschaftsordnung anzustreben, die den Kapitalismus hinter sich gelassen hat wie dieser den Feudalismus. Gefordert wird statt dessen, den richtigen Weg zu beschreiten – jederzeit gelte es, in demokratischer Weise Reformen für mehr soziale Gerechtigkeit und Menschlichkeit anzustreben und durchzusetzen. Es bleibt offen, ob Sozialismus überhaupt erreichbar ist. Meinte Goethe noch »wer immer strebend sich bemüht, den können wir erlösen ...«, so beschränkt sich die vergleichbare Formel Bernsteins auf das ständige Bemühen und postuliert: Es kommt nicht darauf an, ob Erlösung beziehungsweise Sozialismus möglich sind. Selbstverständlich verfolgen auch die Anhänger der Bernsteinschen Formel reformerisch jeweils bestimmte Ziele. Es sind sogar grundsätzlich die gleichen Ziele, soweit sie nach den gegebenen Bedin-

1 Das Grundverhältnis bezeichnet die in einer bestimmten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung dominierenden, die Gesellschaft im ganzen prägenden Eigentumsverhältnisse, neben denen auch andere Eigentumsverhältnisse bestehen. Das Grundverhältnis abstrahiert bestimmende gemeinsame Merkmale aus seinen unterschiedlichen konkreten Realisierungsvarianten. Auch das gesellschaftliche Eigentum wird als solches Grundverhältnis verstanden.

2 Vgl. Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, S. 488.

gungen jeweils erreichbar sind, für deren weiterreichende Verwirklichung andere sozialistische Strömungen unter Vergesellschaftung des kapitalistischen Eigentums am Sozialismus als Ziel festhalten.

Da die Bernsteinsche Formel in einem Atemzug in Frage stellt, offen läßt und für unerheblich erklärt, ob eine neue Gesellschaftsordnung erreichbar ist, aber in demokratischer Weise soziale Verbesserungen anstrebt, ist ihr sozialdemokratischer Charakter anerkannt, ein sozialistischer aber umstritten.

In den Strömungen, die um der sozialistischen Ideale willen und aufgrund ihres Geschichtsverständnisses an der Vergesellschaftung des kapitalistischen Eigentums festhalten, will sich eine Richtung auf den reformerischen Weg beschränken. Eine andere hält den revolutionären Weg für unabdingbar. Oft werden dabei dem reformerischen Weg ausdrücklich oder stillschweigend friedliche, dem revolutionären Weg dagegen gewaltsame Aspekte zugeordnet. Ist von einer friedlichen Revolution die Rede, wird das revolutionäre Element auf den (friedlichen) qualitativen Übergang zu gesellschaftlichem Eigentum im Ergebnis quantitativer, reformerischer Schritte bezogen. Da aus der Geschichte gewaltsame Reformen bekannt sind, die die jeweilige Gesellschaft modifizierten, aber im Wesen unberührt ließen, kann der reformerische Weg zum Sozialismus nicht von vorn herein mit einem friedlichen Weg gleichgesetzt werden.

Verbreitet wird die Alternative ›Reform oder Revolution‹ abgelehnt und durch die Kombination ›Reform und Revolution‹ ersetzt. Durch geeignete reformerische Schritte soll der revolutionäre Übergang zum gesellschaftlichen Eigentum vorbereitet werden. Erwartet wird, daß das Selbstvertrauen, die Kraft und die Einsichten in die Notwendigkeit, bis zum Sozialismus voranzuschreiten, im Prozeß reformerischer Schritte wachsen. Häufig liegt dieser Strömung auch die Überzeugung zugrunde, daß Sozialisten, die Sozialismus um der sozialen Gerechtigkeit und Humanität willen anstreben, sich und den Sozialismus diskreditieren, wenn sie sich Reformen für mehr soziale Gerechtigkeit und Humanität in der kapitalistischen Gegenwart verweigern – jedoch an Einfluß gewinnen, wenn sie sich erfolgreich an die Spitze solcher Reformen stellen. Unklar bleibt nicht zuletzt, ob beim erwarteten revolutionären Übergang zum Sozialismus an heroische Kraftakte in gewaltsamen Auseinandersetzungen, an eine massenhafte Verstaatlichung kapitalistischer Unternehmen durch Rechtsakte oder an beides und sonstiges gedacht wird. Der Voraussetzung gewaltsamer Akte nach reformerischen Schritten liegt unter Verweis auf historische Erfahrungen die verbreitete Annahme zugrunde, daß die Protagonisten des kapitalistischen Systems zwangsläufig zur gewaltsamen Unterdrückung greifen, wenn sie keine andere Möglichkeit sehen, den Übergang zum Sozialismus abzuwenden. Die Möglichkeit, daß sich solche Kräfte- und Mehrheitsverhältnisse sowie Interessenlagen in der Gesellschaft spontan herausbilden, daß eine widerstrebende Minderheit dem Sozialismus nolens volens seinen Lauf ließe, wird faktisch ausgeschlossen. *Marx* und *Engels* ließen die Alternative von friedlich-reformerischem und gewaltsam-revolutionärem Weg zum gesellschaftlichen Eigentum offen. Für sie war noch nicht einmal entschieden, ob die Menschheit überhaupt eine sozialistische Gesellschaft erreicht oder vorher in Barbarei versinkt.

Engels meinte 1847 in den *Grundsätzen des Kommunismus* (sicher in Übereinstimmung mit Marx), daß die Vergesellschaftung des kapitalistischen Eigentums auf friedlichem Weg wünschenswert ist, und daß Kommunisten die letzten sind, die sich gegen diesen Weg wenden. »Revolutionen (werden) nicht absichtlich und willkürlich gemacht«, sie sind »von dem Willen und der Leitung einzelner Parteien und ganzer Klassen durchaus unabhängig«. Revolutionen kommen nur zustande, wenn Unterdrückte von ihren Unterdrückern in sie »hineingejagt« werden.³ Schon im folgenden Jahr faßten sie im *Kommunistischen Manifest*, offenbar unter dem Eindruck der revolutionären Entwicklungen in Europa, nur noch einen »gewaltsamen Umsturz« ins Auge.⁴ In seiner *Rede über den Haager Kongreß* vor der Internationalen Arbeiterassoziation von 1872 griff *Karl Marx* die Möglichkeit eines friedlichen Weges wieder auf.⁵ Chancen für ihn sah er in der demokratisch-institutionellen Verfaßtheit Englands und der USA. Auch Holland zog er in Betracht.

3 Vgl. Karl Marx, Friedrich Engels: Grundsätze des Kommunismus, in: MEW, Bd. 4, S. 372.

4 Vgl. Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest ..., a. a. O., S. 493.

5 Vgl. Karl Marx: Rede über den Haager Kongreß, in: MEW, Bd. 18, S. 160.

Heute sind weit mehr Länder demokratisch verfaßt, so daß sich die Chancen für einen friedlichen (konfliktreichen, aber gewaltlosen) Weg jedenfalls nach diesem Kriterium erheblich erweitert haben.

Eine weitere Richtung, die am Sozialismus als Ziel festhält und sich als revolutionär versteht, lehnt soziale und wirtschaftspolitische Reformen für graduelle Verbesserungen der Lage benachteiligter Bevölkerungsschichten unter kapitalistischen Verhältnissen mehr oder weniger offen und radikal ab. Befürchtet wird, daß solche Reformen das Leben im Kapitalismus sozial verträglicher machen, so daß sich viele mit dem jeweils Erreichten zufrieden geben, das Streben nach Sozialismus erlahmt und der Kapitalismus folglich stabilisiert wird. Mit diesem Ziel hat der Antisozialist Bismarck die Sozialversicherung begründet und in der Tat erfolgreich eingeführt. Auch die Väter der ›sozialen Marktwirtschaft‹ waren in diesem Sinne erfolgreiche Antisozialisten. Sie haben der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die selbst keine sozialen Elemente enthält, sondern diese eher negiert, und die nach prinzipieller Trennung von Staat und Wirtschaft verlangt, von außen her (vom Staat her) soziale Bedingungen auferlegt, um mit einem möglichst geringen Aufwand das Maß und die Kosten sozialer Konflikte zu senken. Es ist eine psychologische Frage, daß sich dieses ökonomische und machtpolitische Kalkül verbreitet als soziale und moralische Gesinnung (miß)versteht.

Das Maß der sozialen Bedingungen hängt selbstverständlich auch von der Stärke der Gegenwehr gegen die Zumutungen des Kapitalismus ab.

Die sozialistische Strömung, von der hier die Rede ist, lehnt die soziale Marktwirtschaft nebst ihren reformerischen Grundlagen mit dem Blick auf das Ziel einer sozialistischen Wirtschaft ab, der soziale Bedingungen nicht von außen her auferlegt werden müssen, weil sie ihrem Wesen nach selbst sozial ist. Deshalb beschränkt sich diese Strömung vor einem Übergang zum Sozialismus fast ausschließlich auf die außerparlamentarische Opposition. Ein (kleiner) Teil hält auch die parlamentarische Opposition für nützlich und lehnt nur eine Regierungsbeteiligung auf Bundes- und Landesebene oder nur auf Bundesebene ab.

Eine Regierungsbeteiligung verlangt bekanntlich Kompromisse, also Abstriche von weitergehenden sozialistischen Forderungen. Befürchtet wird, daß aus zeitweiligen Kompromissen endgültige werden und daß eine Regierungsbeteiligung korrumpierend wirkt. In all ihren Varianten opponiert diese Strömung zumeist gegen Sozialabbau und verteidigt damit auch jene Reformen, die zur sozialen Marktwirtschaft gehören und die das Leben im Kapitalismus für viele erträglicher machen. Diese Widersprüchlichkeit, gegebene, den Kapitalismus stabilisierende Reformen zu verteidigen und weitergehende abzulehnen, wird selten bewußt wahrgenommen.

Der Frust über die Erfahrung, daß Wirtschafts- und Sozialreformen im Kapitalismus, soweit sie soziale Verbesserungen bewirken, zugleich eine soziale Befriedung herbeiführen, so daß die Jagd nach dem Profit weitergehen kann und die Folgen bestenfalls andere treffen, hat wiederholt linksradikale Extremisten hervorgebracht, die den untauglichen und oft sogar verbrecherischen Versuch unternahmen, den Weg zum Sozialismus »frei zu bomben«.

Schließlich sei noch auf eine variantenreiche Strömung verwiesen, die versucht, eine humane Wirtschafts- und Lebensweise auf lokaler Ebene unter Vernetzung in die Breite aufzubauen, um so aus der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft »auszusteigen«. Ziel ist es, diese erst zu unterwandern und schließlich ganz zu ersetzen, ohne sich mit ihr in anderer Weise zu konfrontieren. Ähnliche Gedanken haben schon einigen der Gründer der ersten Konsumgenossenschaften vorgeschwebt, die sich später – heutigen alternativen Selbstversorgungstheorien sehr ähnlich – auch eigene Produktionsstätten schufen.

Für den Einfluß der verschiedenen Strömungen und Parteien der sozialistischen Bewegung in der Gesellschaft kann Bedeutung erlangen, wie weit sie unterschiedliche Auffassungen zum gesellschaftlichen Eigentum zu integrieren vermögen. Nicht alle Auffassungen sind allerdings auch integrationsfähig. Einen weiten Integrationsrahmen bietet die Einigung auf demokratisch-mehrheitlich beschlossene Reformen für mehr soziale Gerechtigkeit, Humanität und Solidarität, kurz für die fortschreitende Durchsetzung der sozialen Verpflichtung des Eigentums. Eine solche Einigung ließe offen, ob gesellschaftliches Eigentum wünschenswert ist, ob es auch möglich ist, ob es einem gesetzmäßigen Trend entspricht, ob Reformen der genannten Art den Kapitalismus nur stabilisieren oder früher oder später überwinden und damit revolutionären Charakter annehmen werden. Schon weil diese Fragen offen bleiben, integriert die Einigung auf demokratisch-mehrheitlich beschlossene Reformen die unterschiedlichen Auffassungen und Erwartungen zum gesellschaftlichen Eigentum als mögliche oder auch als notwendige Entwicklung. Verzichtet würde damit nicht darauf, an der weiteren Klärung der Fragen zu arbeiten und Anhänger für die jeweiligen Konzepte zu gewinnen. Verzichtet würde »nur« auf eine Bestandsgarantie für das kapitalistische Eigentum einerseits und auf eine Verpflichtung zu seiner Ablösung durch gesellschaftliches Eigentum andererseits.

Beides kommt klarer zum Ausdruck, wenn das gesellschaftliche Eigentum ausdrücklich als *Option* akzeptiert wird. Diese Option besagt: Die Durchsetzung der sozialen Verpflichtung des Eigentums wird durch kein Eigentumstabu eingeschränkt.

Viele Bürger fordern von Jahr zu Jahr je nach fortschreitenden Erfordernissen, Möglichkeiten und Einsichten eine konsequente Durchsetzung der sozialen Verpflichtung des Eigentums, ohne sich auf bestimmte Eigentumsformen als Ziel festzulegen und ohne sich in ihrer Entscheidungsfreiheit einem Eigentumstabu zu unterwerfen. Sie könnten die *Option des gesellschaftlichen Eigentums* um so eher akzeptieren, je sicherer sie sein könnten, daß ein Rückgriff auf diese Option und dann auch der weitere Gang der Dinge durch demokratisch-rechtsstaatliche Mehrheitsbeschlüsse bestimmt werden. Eine programmatische Option gesellschaftlichen Eigentums würde es außerdem sozialistischen Parteien ermöglichen und ihnen gleichzeitig auferlegen, beim Einfordern der sozialen Verpflichtung des Eigentums zu prüfen, ob und welche konkreten Maßnahmen angebracht und mehrheitsfähig sind. Dann ließe sich auch parteiprogrammatische Option auf gesellschaftliches Eigentum *unter bestimmten Bedingungen* festschreiben.

Wird jedoch nach Unterscheidungsmerkmalen zwischen sozialdemokratischen und sozialistischen Strömungen beziehungsweise Parteien im engeren Sinne innerhalb der sozialistischen Bewegung im ganzen gesucht, so besitzt die Option gesellschaftlichen Eigentums sozialistischen Charakter.

Unser langjähriger Autor **Helmut Thielen**
Soziologe, Ingenieur für Landschaftsplanung,
Agrarwissenschaftler und
bekennender gewaltfreier Anarchist bietet den

Lesern von »UTOPIE kreativ« Restposten seiner Bücher:

Diskurs und Widerstand. Philosophie der gesellschaftlichen Praxis (Horlemann Verlag) und

Revolution des Glaubens. Religionsphilosophische Versuche über Befreiung (Argument Verlag)

zu einen Sonderpreis von jeweils 10 DM (zzgl. Versand) an.
(Die Bücher weisen zum Teil leichte Lagerschäden auf.)

Bestellungen sind zu richten an:
Horlemann Verlag, Postfach 1307, 53583 Bad Honnef
beziehungsweise
Germinal, Siemensstraße 16 35463 Fernwald
(Argument-Verlag)